



Europäische Union

Veröffentlichung des Supplements zum Amtsblatt der Europäischen Union

2, rue Mercier, 2985 Luxembourg, Luxembourg

Fax: +352 29 29 42 670

E-Mail: ojs@publications.europa.eu

Infos und Online-Formulare: <http://simap.europa.eu>

Auftragsbekanntmachung

(Richtlinie 2004/18/EG)

Abschnitt I : Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n):

Offizielle Bezeichnung: [Investitionsbank Schleswig-Holstein \(IB.SH\) in Rostock vertreten durch die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR](#)

Nationale Identifikationsnummer: *(falls bekannt)*

Postanschrift: [Gartenstraße 6](#)

Ort: [Kiel](#)

Postleitzahl: [24103](#)

Land: [Deutschland \(DE\)](#)

Kontaktstelle(n):

Telefon: [+49 431599-1486](#)

Zu Händen von: [Herr Hagen](#)

E-Mail: sebastian.hagen@gmsh.de

Fax: [+49 431599-1465](#)

Internet-Adresse(n): *(falls zutreffend)*

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers / des Auftraggebers: *(URL)* <http://www.gmsh.de>

Adresse des Beschafferprofils: *(URL)*

Elektronischer Zugang zu Informationen: *(URL)*

Elektronische Einreichung von Angeboten und Teilnahmeanträgen: *(URL)*

Weitere Auskünfte erteilen

☒ die oben genannten Kontaktstellen ☐ Sonstige *(bitte Anhang A.I ausfüllen)*

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken

☒ die oben genannten Kontaktstellen ☐ Sonstige *(bitte Anhang A.II ausfüllen)*

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an

☒ die oben genannten Kontaktstellen ☐ Sonstige *(bitte Anhang A.III ausfüllen)*

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

☐ Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

☐ Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene

☐ Regional- oder Lokalbehörde

☐ Agentur/Amt auf regionaler oder lokaler Ebene

☒ Einrichtung des öffentlichen Rechts

☐ Europäische Institution/Agentur oder internationale Organisation

☐ Sonstige: *(bitte angeben)*

I.3) Haupttätigkeit(en)

- ☐ Allgemeine öffentliche Verwaltung
- ☐ Verteidigung
- ☐ Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- ☐ Umwelt
- ☒ Wirtschaft und Finanzen
- ☐ Gesundheit
- ☐ Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen
- ☐ Sozialwesen
- ☐ Freizeit, Kultur und Religion
- ☐ Bildung
- ☒ Sonstige: *(bitte angeben)*

[Zentrales Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein](#)

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber:

☒ ja ☐ nein

weitere Angaben zu diesen öffentlichen Auftraggebern bitte in Anhang A

Abschnitt II : Auftragsgegenstand

II.1) Beschreibung :

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber :

Datenbankentwicklung für das EU-Strukturförderprogramm Ostseeraum für die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) in Rostock

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung :

bitte nur eine Kategorie – Bauleistung, Lieferung oder Dienstleistung – auswählen, und zwar die, die dem Auftrags- oder Beschaffungsgegenstand am ehesten entspricht

- | | | |
|---|--|---|
| <input type="radio"/> Bauauftrag | <input type="radio"/> Lieferauftrag | <input checked="" type="radio"/> Dienstleistungen |
| <input type="checkbox"/> Ausführung | <input type="radio"/> Kauf | Dienstleistungskategorie Nr: 7 |
| <input type="checkbox"/> Planung und Ausführung | <input type="radio"/> Leasing | Zu Dienstleistungskategorien siehe |
| <input type="checkbox"/> Erbringung einer Bauleistung, gleichgültig mit welchen Mitteln, gemäß den vom öffentlichen Auftraggeber genannten Erfordernissen | <input type="radio"/> Miete | Anhang C1 |
| | <input type="radio"/> Mietkauf | |
| | <input type="radio"/> Eine Kombination davon | |

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung :

Rostock

NUTS-Code: DE803

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

- ☒ Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- ☐ Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung
- ☐ Die Bekanntmachung betrifft den Aufbau eines dynamischen Beschaffungssystems (DBS)

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung : (falls zutreffend)

- | | |
|--|---|
| <input type="radio"/> Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern | <input type="radio"/> Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer |
|--|---|

Anzahl :

oder

(falls zutreffend) Höchstzahl : der an der geplanten Rahmenvereinbarung Beteiligten

Laufzeit der Rahmenvereinbarung

Laufzeit in Jahren : oder in Monaten :

Begründung, falls die Laufzeit der Rahmenvereinbarung vier Jahre übersteigt :

Geschätzter Gesamtauftragswert über die Gesamtlaufzeit der Rahmenvereinbarung (falls zutreffend, in Zahlen)

Geschätzter Wert ohne MwSt : Währung :

oder

Spanne von : : bis : : Währung :

Periodizität und Wert der zu vergebenden Aufträge : (falls bekannt)

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens :

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) in Rostock, in ihrer Funktion als Verwaltungsbehörde/ Programmsekretariat des Baltic Sea Region Programm/Ostseeraumprogramms 2007-2013, startet hiermit den Aufruf für Gebote für ein Monitoring System/Datenbanksystem für das Baltic Sea Region Programme/ Ostseeraumprogramm 2014-2020. Das Baltic Sea Region Programme/Ostseeraumprogramm 2014-2020 wird durch den Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert und befindet sich momentan als erneuertes Förderprogramm in der Vorbereitungsphase. Es werden Projekte zur transnationalen Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden sowie den Partnerländern Weißrussland, Norwegen und Russland kofinanziert. Die IB.SH wurde damit beauftragt, das neue Programm vorzubereiten und nimmt, wie bereits für das Vorgängerprogramm Baltic Sea Region Programme/Ostseeraumprogramm 2007-2013, erneut die Funktion der Verwaltungsbehörde/des Programmsekretariats ein. Weitere Informationen sowohl über das aktuelle als auch über das zukünftige Baltic Sea Region Programme/Ostseeraumprogramm sind unter <http://eu.baltic.net> verfügbar.

Aufgabenbeschreibung:

Entwicklung, Instandhaltung und Hosting einer SQL-basierten Online-Software („Monitoring System/ Datenbanksystem“), welche die Mitarbeiter der Programmbehörden des Baltic Sea Region Programme/ Ostseeraumprogramms 2014-2020 dabei unterstützt, den gesamten Projektzyklus zu dokumentieren und zu verwalten: Bewerbung, Bewertung, Förderbeschluss, Vertragsprozess, Berichtswesen, Abänderungen und Abschluss. Hinzu sollen einige weitere Eigenschaften integriert werden, wie z. B. die Kommunikation zwischen Zuwendungsempfängern und dem Programmsekretariat, das Generieren von Statistiken sowie Schnittstellen zu Websites. Da das Monitoring System/Datenbanksystem das wichtigste Hilfsmittel des Programmsekretariats und der Verwaltungsbehörde darstellen wird, sollte das Hauptaugenmerk vor allem auf der Benutzerfreundlichkeit liegen.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) :

	Hauptteil	Zusatzteil (falls zutreffend)
Hauptgegenstand	72000000	

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA) :

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA) : ☒ ja ☐ nein

II.1.8) Lose: (für Angaben zu den Losen in Anhang B, verwenden Sie ein Formular pro Los)

Aufteilung des Auftrags in Lose: ☐ ja ☒ nein

(falls ja) Angebote sind möglich für

☐ nur ein Los

☐ ein oder mehrere Lose

☐ alle Lose

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:

Varianten/Alternativangebote sind zulässig : ☐ ja ☒ nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags :

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang : (einschließlich aller Lose, Verlängerungen und Optionen, falls zutreffend)

Der Leistungsumfang wird für den Vertragszeitraum auf 280.000,00 Euro (netto) geschätzt.

(falls zutreffend, in Zahlen)

Geschätzter Wert ohne MwSt : Währung :
oder

Spanne von : : bis : : Währung :

II.2.2) Angaben zu Optionen : (falls zutreffend)

Optionen : ☒ ja ☐ nein

(falls ja) Beschreibung der Optionen :

Der AG behält sich vor, den Vertrag bis zum 31.12.2020 zu verlängern.

(falls bekannt) Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen :

in Monaten : oder in Tagen : (ab Auftragsvergabe)

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung : (falls zutreffend)

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ☒ ja ☐ nein

Zahl der möglichen Verlängerungen: (falls bekannt) 1 oder Spanne von : bis:

(falls bekannt) Voraussichtlicher Zeitrahmen für Folgeaufträge bei verlängerbaren Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen:

in Monaten: oder in Tagen: (ab Auftragsvergabe)

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit in Monaten : oder in Tagen: (ab Auftragsvergabe)

oder

Beginn: 01/03/2015 (TT/MM/JJJJ)

Abschluss: 28/02/2019 (TT/MM/JJJJ)

Abschnitt III : Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Bedingungen für den Auftrag:

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: *(falls zutreffend)*

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Gemäß Vertragsbedingungen i.V. mit VOL/B

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: *(falls zutreffend)*

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Die unter III.2) genannten Nachweise sind auch für alle Parteien einer Bietergemeinschaft vorzulegen. Alle Partner einer Bietergemeinschaft müssen das Angebot mit den dazugehörigen Vergabeunterlagen unterzeichnet einreichen sowie einen Konsortialführer benennen.

Hierbei sind Hauptauftragnehmer und Unterauftragnehmer mit den jeweiligen Teilaufträgen zu benennen. Bietergemeinschaften haben gesondert zu erklären, dass sie gesamtschuldnerisch haften.

Um Verstöße gegen den Wettbewerbsgrundsatz nach § 97 GWB zu verhindern, ist von Bietergemeinschaften, die sich am Ausschreibungsverfahren beteiligen, mit Angebotsabgabe eine Eigenerklärung vorzulegen, die die wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit der Bietergemeinschaft begründet.

Hierin ist darzulegen, dass die beteiligten Unternehmen objektiv aufgrund ihrer betrieblichen oder geschäftlichen Verhältnisse (z.B. Kapazitäten, technische Einrichtungen, und/oder fachliche Kenntnisse) kein eigenständiges Angebot abgeben können und erst der Zusammenschluss zu einer Bietergemeinschaft sie hierzu in die Lage versetzt.

Außerdem ist darzustellen, dass die Zusammenarbeit in der Bietergemeinschaft eine Unternehmensentscheidung ist, die im Rahmen wirtschaftlich zweckmäßigen und kaufmännisch vernünftigen Handelns liegt.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen: *(falls zutreffend)*

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen : ☐ ja ☐ nein

(falls ja) Darlegung der besonderen Bedingungen:

III.2) Teilnahmebedingungen:

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Unterschriebenes Angebotsschreiben (Formblatt) mit den Erklärungen:

- Erklärung, dass Sie die Ausschreibungsbedingungen anerkennen und keine Kartellabreden, Preisbindungen oder ähnliche Abreden getroffen haben und die Wirksamkeit unternehmenseigener Allgemeiner Geschäftsbedingungen (AGB) ausschließen
 - Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 6 EG Abs. 4 lit. a bis g VOL/A vorliegen
 - 2. Aussagekräftige Unternehmensdarstellung des sich bewerbenden Unternehmens (max. 4 DIN-A-4-Seiten)
 - 3. Eigenerklärung, dass ein Auszug aus dem Gewerbezentralregister keine negativen Eintragungen enthält bzw. ob Eintragungen vorliegen.
- Hinweis: Die GMSH wird vor der beabsichtigten Zuschlagserteilung einen Gewerbezentralregisterauszug einholen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Möglicherweise geforderte Mindeststandards: *(falls Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: zutreffend)*

- 4. Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz bezüglich der besonderen Leistungsart, die Gegenstand der Vergabe ist (Entwicklung, Instandhaltung, Hosting einer Datenbank), jeweils bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (2011-2013)
 - 5. Erklärung (Formblatt), ob im Falle eines Auftrages der Auftragnehmer Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt.
- Hinweis: Im Fall der Inanspruchnahme von Unterauftragnehmern wird die GMSH vor Zuschlagserteilung die entsprechende Verpflichtungserklärung vom Nachunternehmer anfordern. Diese ist dann binnen 6 Tagen der GMSH zu übersenden.
- 6. Erklärung (Formblatt) über maximal 5 Referenzen der im Wesentlichen in den letzten drei Geschäftsjahren (2011 – 2013) erbrachten und im Umfang vergleichbaren Leistungen bezüglich der besonderen Leistungsart, die Gegenstand der Vergabe ist (Entwicklung, Instandhaltung, Hosting einer Datenbank), für öffentliche oder private Auftraggeber, unter Angabe von Name des Auftraggebers, Leistungsumfang, Auftragssumme, Dauer des Vertrages, Ansprechpartner, Telefonnummer und E-Mail-Adresse.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Möglicherweise geforderte Mindeststandards: *(falls Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: zutreffend)*

- 7. Angaben zur fachliche Qualifizierung/Know-how des Unternehmens:
 - a. Angaben zu Kenntnissen bzgl. MS Windows Server, Active Directory und MS Exchange Server

- b. Angaben zu Kenntnissen bzgl. PHP und .Net
 - c. Angaben zu Kenntnissen bzgl. SQL Server
 - d. Angaben zu Kenntnissen bzgl. Java Programmierung
 - e. Angaben zu Kenntnissen beim Export von komplexen online Formularen als pdf-Datei
 - f. Angaben zu verhandlungssicheren Englischkenntnissen in Wort und Schrift aller am Projekt beteiligten Mitarbeiter – entspricht Niveau C1 nach dem CEFR (Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen) (Eigenerklärung genügt).
8. Darstellung des technischen Equipments für die Leistungserbringung

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: (falls zutreffend)

- ☐ Der Auftrag ist geschützten Werkstätten vorbehalten
- ☐ Die Auftragsausführung ist auf Programme für geschützte Beschäftigungsverhältnisse beschränkt

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge:

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ☐ ja ☒ nein
(falls ja) Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift :

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ☐ ja ☒ nein

Abschnitt IV : Verfahren

IV.1) Verfahrensart:

IV.1.1) Verfahrensart:

☒ Offen

☐ Nichtoffen

☐ Beschleunigtes nichtoffenes Verfahren Gründe für die Wahl des beschleunigten Verfahrens:

☐ Verhandlungsverfahren Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) : ☐ ja ☐ nein
(falls ja, Namen und Anschriften bereits ausgewählter Wirtschaftsteilnehmer bitte in Abschnitt VI.3: Sonstige Angaben angeben)

☐ Beschleunigtes Verhandlungsverfahren Gründe für die Wahl des beschleunigten Verfahrens:

☐ Wettbewerblicher Dialog

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: (nicht offenes Verfahren, Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog)

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer:
oder

Geplante Mindestzahl: und (falls zutreffend) Höchstzahl

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: (Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog)

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote : ☐ ja ☐ nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien (bitte Zutreffendes ankreuzen)

☐ Niedrigster Preis

oder

☒ das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf

☒ die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten nach ihrer Gewichtung oder in absteigender Reihenfolge ihrer Bedeutung angegeben werden, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist)

☐ die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

Kriterien	Gewichtung	Kriterien	Gewichtung
1. Preis	60	6.	
2. Qualität des Angebots	40	7.	
3.		8.	
4.		9.	

Kriterien	Gewichtung	Kriterien	Gewichtung
5.		10.	

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt ☐ ja ☒ nein

(falls ja, falls zutreffend) Zusätzliche Angaben zur elektronischen Auktion:

IV.3) Verwaltungsangaben:

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: (falls zutreffend)

ZB-S0-14-0135000-4122

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags:

☐ ja ☒ nein

(falls ja)

☐ Vorinformation

☐ Bekanntmachung eines Beschafferprofils

Bekanntmachungsnummer im ABl: vom: (TT/MM/JJJJ)

☐ Sonstige frühere Bekanntmachungen(falls zutreffend)

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung: (bei einem wettbewerblichen Dialog)

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme

Tag: 02/10/2014 Uhrzeit: 23:59

Kostenpflichtige Unterlagen ☒ ja ☐ nein

(falls ja, in Zahlen) Preis: 20.00 Währung: EUR

Zahlungsbedingungen und -weise:

Bei der Registrierung auf unserer E-Vergabeplattform fällt einmalig eine Registrierungsgebühr in Höhe von 36,00 € an (betrifft nur Bieter, die noch nicht registriert sind). Für dieses und alle weiteren Vergabeverfahren entstehen für Sie dann keine weiteren Kosten mehr.

Weitere Informationen erhalten Sie unter <http://www.e-vergabe.gmsh.de/>

Die o. g. Kosten für die Ausschreibungsunterlagen in Papierform sind vor Anforderung der Vergabeunterlagen auf das Konto

Deutsche Bundesbank

IBAN : DE58 2100 0000 0021 0015 18

BIC : MARKDEF1210

Empfänger: GMSH,

Verwendungszweck: ZB-S0-14-0135000-4122 Datenbank zu überweisen.

Der Anforderung der Unterlagen in Papierform ist eine Kopie des Überweisungsträgers beizulegen.

Es werden keine Verrechnungsschecks akzeptiert.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

Tag: 10/10/2014 Uhrzeit: 07:30

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: *(falls bekannt, bei nicht offenen Verfahren, Verhandlungsverfahren und beim wettbewerblichen Dialog)*

Tag:

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

☐ Alle Amtssprachen der EU

☒ Folgende Amtssprache(n) der EU:

DE

☐ Sonstige:

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

bis: : 31/12/2014

oder

Laufzeit in Monaten : oder in Tagen : (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag : (TT/MM/JJJJ) Uhrzeit

(falls zutreffend) Ort:

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen *(falls zutreffend)* :

☐ ja ☒ nein

(falls ja) Weitere Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags: (falls zutreffend)

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag : ☐ ja ☒ nein

(falls ja) Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen:

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird : ☒ ja ☐ nein

(falls ja) Angabe der Vorhaben und/oder Programme:

Baltic Sea Region Programme / Ostseeraumprogramm 2014-2020

VI.3) Zusätzliche Angaben: (falls zutreffend)

1. Sonstige, mit Einreichung des Angebotes vorzulegende Unterlagen:

1.1. Verpflichtungserklärung (Formblatt) zur Tariftreue und Zahlung von Mindestentgelten nach dem Tariftreue und Vergabegesetz Schleswig-Holstein vom 31.05.2013 – TTG (GVObI. Schl.-H.2013 S. 239)

1.2 Erklärung (Formblatt) „Gleichstellung im Beruf“ gemäß § 18 Abs. 3 S.1 Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein (TTG)

2. E-Vergabe:

Informationen erhalten Sie unter <http://www.e-vergabe.gmsh.de/>. Bei der Registrierung auf unserer e-Vergabepattform fällt einmalig eine Registrierungsgebühr in Höhe von 36,00 € an (betrifft nur Bieter die noch nicht registriert sind). Für dieses und alle weiteren Vergabeverfahren entstehen für Sie dann keine weiteren Kosten mehr.

3. Abforderung der Unterlagen

Registrierte Bewerber können sich auf der E-Vergabepattform bewerben und die entsprechenden Unterlagen herunterladen.

Ansonsten können die Unterlagen schriftlich auf dem Postweg (GMSH, Herr Sebastian Hagen, Gartenstraße 6, 24103 Kiel), per Fax (+49 (0)431-599-1465) oder per E-Mail sebastian.hagen@gmsh.de angefordert werden. Der Anforderung ist eine Kopie des Überweisungsträgers (s. Ziffer IV.3.3) beizulegen. Registrierte Unternehmen im E-Vergabesystem können sich elektronisch bewerben und müssen kein Einzahlungsbeleg beifügen.

4. Fragen zur Ausschreibung

Alle Fragen zur Ausschreibung sind ausschließlich in schriftlicher Form bis spätestens Montag, den 25.09.2014 an die GMSH, z.H. Herrn Sebastian Hagen - Org.Z. 4122 (E-mail: sebastian.hagen@gmsh.de oder Fax: +49 (0)431-599-1465) zu richten. Alle Fragen und Antworten zur Ausschreibung werden in einem Frage- Antwortkatalog erfasst, der per Fax an alle Bewerber versendet wird. Die abschließende Fassung des Frage- Antwortkataloges wird nach dem Fristende für die Einreichung von Fragen, spätestens jedoch 6 Tage vor Angebotsschluss an alle Bewerber per Fax versendet.

5. Präqualifikation

Zum Nachweis der unternehmensbezogenen Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Gesetzestreue und Zuverlässigkeit kann die Bescheinigung der Eintragung in die PQ-VOL-Datenbank (www.pq-vol.de) vorgelegt werden. Darüberhinausgehend geforderte Unterlagen sind zusätzlich vorzulegen.

6. Es ist vom Auftraggeber beabsichtigt, einen möglichst internationalen Bieterkreis anzusprechen. Diese Bekanntmachung wird deshalb auf der Internetseite der GMSH zusätzlich in einer englischen Übersetzung veröffentlicht (<http://www.gmsh.de/ausschreibungen/veroeffentlichungen/bekanntmachungen/>). Die auf Anforderung versendeten Vergabeunterlagen enthalten ebenfalls eine englische Übersetzung (Ausnahme: Die Dokumentation des bestehenden Systems kann nur in englischer Sprache zur Verfügung gestellt werden). Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das komplette Vergabeverfahren ausschließlich in deutscher Sprache abgewickelt wird und auch eine Angebotsabgabe nur in deutscher Sprache möglich ist. Bei

Unstimmigkeiten zwischen deutscher und englischer Version ist immer die deutsche Fassung maßgeblich. Das gilt für die Bekanntmachung sowie alle Vergabe- und Vertragsunterlagen.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren:

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung: [Vergabekammer Schleswig-Holstein](#)

Postanschrift: [Düsternbrooker Weg 94](#)

Ort: [Kiel](#)

Postleitzahl: [24105](#)

Land: [Deutschland \(DE\)](#)

Telefon: [+49 431/988-4640](#)

E-Mail:

Fax: [+49 431/988-4702](#)

Internet-Adresse: *(URL)*

Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren *(falls zutreffend)*

Offizielle Bezeichnung: [Vergabepflichtstelle bei der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR FB 812](#)

Postanschrift: [Gartenstr. 6](#)

Ort: [Kiel](#)

Postleitzahl: [24103](#)

Land: [Deutschland \(DE\)](#)

Telefon:

E-Mail:

Fax: [+49 431599-1119](#)

Internet-Adresse: *(URL)*

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: *(bitte Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3 ausfüllen)*

Rechtsbehelfsbelehrung:

Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 101 a GWB informiert. Voraussetzung für ein Nachprüfungsverfahren ist, dass der Verstoß gegenüber der Vergabestelle gerügt wird. Ein Bieter kann seine Nichtberücksichtigung im Nachprüfungsverfahren bei der Vergabekammer überprüfen lassen. Der Antrag ist unzulässig, soweit

- der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat (§ 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB), (...)
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Nach Ablauf dieser Frist ist gegen diese Entscheidung kein Rechtsmittel mehr möglich.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung: [Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR](#)

Postanschrift: [Gartenstr. 6](#)

Ort: [Kiel](#)

Postleitzahl: [24103](#)

Land: [Deutschland \(DE\)](#)

Telefon: [+49 431599-1486](#)

E-Mail:

Fax: [+49 431599-1465](#)

Internet-Adresse: *(URL)*

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

Anhang A Sonstige Adressen und Kontaktstellen

I) Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen

Offizielle Bezeichnung: _____ Nationale Identifikationsnummer: *(falls bekannt)*
Postanschrift: _____
Ort: _____ Postleitzahl: _____ Land: _____
Kontaktstelle(n): _____ Telefon: _____
Zu Händen von: _____
E-Mail: _____ Fax: _____
Internet-Adresse: *(URL)* _____

II) Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind

Offizielle Bezeichnung: _____ Nationale Identifikationsnummer: *(falls bekannt)*
Postanschrift: _____
Ort: _____ Postleitzahl: _____ Land: _____
Kontaktstelle(n): _____ Telefon: _____
Zu Händen von: _____
E-Mail: _____ Fax: _____
Internet-Adresse: *(URL)* _____

III) Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu richten sind

Offizielle Bezeichnung: _____ Nationale Identifikationsnummer: *(falls bekannt)*
Postanschrift: _____
Ort: _____ Postleitzahl: _____ Land: _____
Kontaktstelle(n): _____ Telefon: _____
Zu Händen von: _____
E-Mail: _____ Fax: _____
Internet-Adresse: *(URL)* _____

IV) Adresse des anderen öffentlichen Auftraggebers, in dessen Namen der öffentliche Auftraggeber beschafft

Offizielle Bezeichnung [Investitionsbank Schleswig-Holstein \(IB.SH\)](#) Nationale Identifikationsnummer
(falls bekannt):
Postanschrift: [Grubenstrasse 20](#)
Ort [Rostock](#) Postleitzahl [18055](#)
Land [Deutschland \(DE\)](#)

----- (Verwenden Sie Anhang A Abschnitt IV in beliebiger Anzahl) -----

Anhang B

Angaben zu den Losen

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber

Los-Nr : **Bezeichnung :**

1) Kurze Beschreibung:

2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptteil:

3) Menge oder Umfang:

(falls bekannt, in Zahlen) Veranschlagte Kosten ohne MwSt:

Währung:

oder

Spanne von :

bis:

Währung:

4) Abweichung von der Vertragslaufzeit oder vom Beginn bzw. Ende des Auftrags: *(falls zutreffend)*

Laufzeit in Monaten : oder in Tagen : (ab Auftragsvergabe)

oder

Beginn: (TT/MM/JJJJ)

Abschluss: (TT/MM/JJJJ)

5) Zusätzliche Angaben zu den Losen:

Anhang C1 – Allgemeine Aufträge
Dienstleistungskategorien in Abschnitt II: Auftragsgegenstand
Richtlinie 2004/18/EG

Kategorie Nr [1]	Bezeichnung
1	Instandhaltung und Reparatur
2	Landverkehr [2], einschließlich Geldtransport und Kurierdienste, ohne Postverkehr
3	Fracht- und Personenbeförderung im Flugverkehr, ohne Postverkehr
4	Postbeförderung im Landverkehr [3] sowie Luftpostbeförderung
5	Telekommunikation
6	Finanzdienstleistungen: a) Versicherungsdienstleistungen b) Bankdienstleistungen und Wertpapiergeschäfte [4]
7	Datenverarbeitung und verbundene Tätigkeiten
8	Forschung und Entwicklung [5]
9	Rechnungslegung, Abschlussprüfung und Buchhaltung
10	Markt- und Meinungsforschung
11	Unternehmensberatung [6] und verbundene Tätigkeiten
12	Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen
13	Werbung
14	Gebäudereinigung und Hausverwaltung
15	Verlegen und Drucken gegen Vergütung oder auf vertraglicher Grundlage
16	Abfall- und Abwasserbeseitigung, sanitäre und ähnliche Dienstleistungen
Kategorie Nr [7]	Bezeichnung
17	Gaststätten und Beherbergungsgewerbe
18	Eisenbahnverkehr
19	Schifffahrt
20	Neben- und Hilfstätigkeiten des Verkehrs
21	Rechtsberatung
22	Arbeits- und Arbeitskräftevermittlung [8]
23	Auskunfts- und Schutzdienste, ohne Geldtransport
24	Unterrichtswesen und Berufsausbildung
25	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
26	Erholung, Kultur und Sport [9]
27	Sonstige Dienstleistungen

1 Dienstleistungskategorien im Sinne von Artikel 20 und Anhang IIA der Richtlinie 2004/18/EG.

2 Ohne Eisenbahnverkehr der Kategorie 18.

3 Ohne Eisenbahnverkehr der Kategorie 18.

4 Ohne Finanzdienstleistungen im Zusammenhang mit Ausgabe, Verkauf, Ankauf oder Übertragung von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten sowie Zentralbankdiensten. Ausgenommen sind ferner Dienstleistungen zum Erwerb oder zur Anmietung – ganz gleich nach welchen Finanzmodalitäten – von Grundstücken, bestehenden Gebäuden oder anderem unbeweglichen Eigentum oder von Rechten daran. Verträge über Finanzdienstleistungen, die bei dem Vertrag über den Erwerb oder die Anmietung mit ihm

gleichlaufend, ihm vorangehend oder im Anschluss an ihn gleich in welcher Form geschlossen werden, fallen jedoch unter die Richtlinie.

5 Ohne Aufträge über Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen anderer Art als diejenigen, deren Ergebnisse ausschließlich Eigentum des öffentlichen Auftraggebers für seinen Gebrauch bei der Ausübung seiner eigenen Tätigkeit sind, sofern die Dienstleistung vollständig durch den Auftraggeber vergütet wird.

6 Ohne Schiedsgerichts- und Schlichtungsleistungen.

7 Dienstleistungskategorien im Sinne von Artikel 21 und Anhang IIB der Richtlinie 2004/18/EG.

8 Außer Arbeitsverträge.

9 Ohne Aufträge über Kauf, Entwicklung, Produktion oder Koproduktion von Programmen durch Rundfunk- oder Fernsehveranstalter sowie Ausstrahlung von Sendungen.